

WAHRHEITSMONOPOL DES GERICHTS

von

TIBOR KIRÁLY

Professor, Lehrstuhl für Strafverfahrensrecht, Universität „Eötvös Loránd“, Budapest

Eingegangen: 16. September 1972

1. Über eine Straftat kann nur das Strafgericht urteilen. Die Feststellung des Strafgerichts, ob eine Straftat begangen wurde und wer deren Täter ist, hat nicht nur im Strafprozess, sondern auch ausserhalb des Strafprozesses eine Wirkung. Das Strafurteil regelt die rechtliche Lage des Verurteilten in dieser Frage für jeden verbindlich, was § 12 der Strafprozessordnung folgenderweise ausdrückt: „...der Beschluss des Strafgerichts ist auch für das im Zivilprozess verhandelnde Gericht massgebend in der Frage, ob eine Straftat verübt wurde und ob der Täter der Beschuldigte war“. Auch andere Rechtsnormen, die des Verfassungsrechts, des Arbeitsrechts, des Disziplinarverfahrens, der Staatsverwaltung usw., betrachten in der Frage ob jemand eine Straftat begangen hat, einzig das Urteil des Strafgerichts als massgebend.

Die Wirkungen des Strafurteils treten mit der Rechtskraft ein. Vom Beginn der Rechtskraft ist es geltend, dass die Feststellungen des Urteils wahr sind, d.h. es gilt die von Ulpian bekannte Formel: „Res iudicata pro veritate accipitur“.

Es scheint, als ob einzig das Gericht berechtigt, vielleicht sogar fähig wäre von einer Straftat die Wahrheit festzustellen. Ausserhalb der rechtlichen Sphäre ist aber diese These unannehmbar und ungültig. Die Möglichkeiten und Gesetz der Erkenntnis wirken auch ausserhalb des Strafverfahrens und können die Wahrheit einer Äusserung nicht bloss deshalb verneinen, weil dieselbe nicht vom Gericht stammt. Privatpersonen, wie der Täter, der Verletzte, die Zeugen oder Journalisten, Historiker, Wissenschaftler können von einer Straftat wahre Feststellungen machen. Die Ermittlungsbehörde oder der Staatsanwalt stellt schon innerhalb des Strafverfahrens die Wahrheit fest. Wir erwarten sogar, dass die Anklageschrift des Staatsanwalts die Wahrheit enthält. Doch sämtliche Äusserungen und Feststellungen, die von der Straftat nicht das Gericht (in seinem Urteil, oder in einem anderen Beschluss) gemacht hat, sind juristisch indifferent. Oder wenn sie auch nicht indifferent sind, knüpft sich die Wirkung der *res iudicata* nicht an sie.

Es ist kein besonderer Scharfsinn notwendig zu erkennen, dass die Standpunkte des Rechtes und der Erkenntnistheorie, sowie der Logik

hinsichtlich der Erkenntnis, der Anerkennung und der Kriterien der Wahrheit voneinander abweichen. Das Recht privilegiert das Strafurteil und gewährt dem Gericht ein Wahrheitsmonopol. Was ist dessen Erklärung?

2. Die Erklärung könnte damit begründet werden, dass der dargelegte Standpunkt die Folge des Anspruchs auf Ordnung im Staatsleben ist. In einem gut geordneten Staat werden die Aufgaben geteilt: ein Staatsorgan schafft Gesetze, das andere legt die Steuern fest, ein drittes folgt die Pässe aus und es gibt ein Organ, das über die Straftaten urteilt. In einem gut organisierten Staat kann nur ein Organ Recht sprechen, woraus es jedem klar hervorgeht, dass mit Ausnahme dieses einen Organs niemandes Entscheidung anerkannt werden muss und darf. Diese Erklärung, die aus dem Gedanken der Arbeitsteilung ausgeht, ist zwar zweifellos rationell, sie ist dennoch nicht beruhigend und zufriedenstellend.

3. Auch die Annahme könnte untersucht werden, wonach die persönlichen Qualitäten des Richters es sind, die die richterlichen Entscheidungen höher stellen als die anderen und ihre besondere Bedeutung erklären. Ohne diese in weite Zusammenhänge eingebettete Ansicht näher zu berühren, begründe ich eher die entgegengesetzte Ansicht, die nämlich, warum das Ansehen, das das Recht den richterlichen Entscheidungen zuschreibt, nicht durch die Persönlichkeit der Richter zu erklären ist. Aber es könnte auch mit allgemeinerer Geltung ausgesagt werden, dass keine einzige geltende staatliche Entscheidung ihr Ansehen, oder eine andere vom Recht ihr zugeschriebene Eigenschaft aus den persönlichen Qualitäten der entscheidenden Person schöpft. Die Geltung des Gesetzes, der Regierungsverordnung, des Ratsbeschlusses ist von der Fähigkeit, Bildung, von den moralischen oder intellektuellen Eigenschaften der Teilnehmer der Entscheidung unabhängig. Das bezieht sich auch auf die Urteile des Strafgerichts.

Eine andere Frage ist die Bestrebung, dass das Fachwissen, die Zuverlässigkeit und andere positive Eigenschaften der Mitglieder des Staatsapparats erhöht werden. — In der Erkenntnistätigkeit und in den Entscheidungen hat Persönlichkeit des entscheidenden Menschen eine riesige Bedeutung. Davon überzeugen uns nicht nur die Psychologie, nicht nur die theoretische Rechtswissenschaft, sondern auch die politischen Wissenschaften und die tägliche Erfahrung.¹ Wir können uns auch auf Lenin berufen, der sich stets viel Mühe gab, die Arbeit der Staatsorgane zu kritisieren und zu verbessern und das Niveau und die Kultur der dort arbeitenden Personen zu heben, um einsehen zu können, von was für einer bedeutenden Sache die Rede ist. In seinem Artikel „Lieber weniger, aber gut“ schrieb er: „Bisher hatten wir wenig Zeit, um uns um die Qualität des Staatsapparats zu kümmern und an seine Verbesserung zu denken, aber nun wird es zweckmässig, wenn wir uns mit besonderer Sorge darauf vorbereiten, wenn wir dafür sorgen, dass in der Arbeiter — Bauern-Aufsicht ein solches Menschenmaterial konzentriert wird, das den heutigen Bedürfnissen, tatsächlich entspricht“...²

Die Fähigkeiten und die Fachbildung der Richter, ihre moralischen Werte tragen stark zur guten Gerichtsbarkeit bei. Vorschrift der Fachbildung der Richter, ihre entsprechende Auswahl und Fortbildung ist eine heute als natürlich erscheinende Pflicht der leitenden Organe.

Die Gesellschaft schätzt den Richterberuf traditionell hoch, was auf weite historische und religiöse Überlieferungen zurückgreift. Das Richteramt war der Beruf der Fürsten und Götter, heute ist es eine Erscheinung der staatlichen Souveränität. Bei uns verkündet man das Urteil „Im Namen der Volksrepublik“. Allerdings machten die Literatur und die Geschichte die Ehrwürdigkeit oft zweifelhaft. Es werden in der Auferstehung von L. Tolstoi, im Bleak House von Ch. Dickens, im Prozess von F. Kafka, im Dorfnotar von J. Eötvös eine am wenigsten ehrwürdige Gerichtsbarkeit und überhaupt nicht ehrwürdige Richter dargestellt. Oder wer würde die Richter von Jan Hus, Jeanne d'Arc, Giordano Bruno, Ferenc Kazinczy, Lajos Batthyányi hochachten? — Die Hochachtung und die Zweifel, manchmal sogar die Verachtung gegenüber der Gerichtsbarkeit und den Richtern mischt sich in verschiedenen Verhältnissen je nach Zeitalter abhängig von der Lage der gesellschaftlichen Klassen und Schichten sowie der Gerichtsbarkeit, von der Partei- und politischen Angehörigkeit des Kritikers. Die bewertenden Ansichten sind verschieden und ermächtigen uns nicht, einen solchen von Zeit und Ort unabhängigen Standpunkt abzufassen, dass alle Richter hervorragende menschliche Eigenschaften besitzen und sich das Urteil des Gerichts deshalb in der Welt des Rechtes und der Rechtspflege eines Wahrheitsmonopols erfreut.

Wir könnten heute in Ungarn nicht mit Aussicht auf einen Erfolg mit einer Ansicht auftreten, dass die persönlichen Eigenschaften der Richter besser sind als die der Staatsanwälte oder der Ermittlungsbeamten und wir deshalb einzig und allein die Feststellungen der Gerichtsurteile gegenüber den Feststellungen der Ermittlungsbehörde oder der Staatsanwaltschaft als wahr annehmen. Das könnten wir kaum beweisen. Hinsichtlich der Fachbildung sind die Berufsrichter und die Staatsanwälte gleich. Intelligenz-Prüfungen wurden unter den Richtern — die Schöffen inbegriffen —, den Staatsanwälten und Ermittlungsbeamten nicht durchgeführt und es sind auch keine auf andere Eigenschaften bezüglichen Indexe dermassen bekannt, dass sie eine Grundlage zum Vergleich und zu Folgerungen bilden könnten³. Trotzdem halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass die Atmosphäre einer solchen Körperschaft, wie die des Gerichtes, ihre Mitglieder beeinflusst und formt und dass die tägliche Arbeit die zur richterlichen Funktion erforderlichen Eigenschaften, wie die Unbefangenheit, die Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Analyse des vorgelegten Tatbestandes, die Wahrheitsliebe entwickelt.

4. Der Wahrheitswert des Strafurteils entspringt der Organisation der Verfahrensweise, in denen es entsteht. Das Recht schreibt daher die Wahrheit dem Gerichtsurteil und nicht der Entscheidung eines anderen Organs — der Ermittlungsbehörde oder des Staatsanwaltes — zu, denn allein im Gerichtsverfahren werden alle im Recht definierten Verfahrensgrundsätze erfüllt. Das Recht vertritt den Standpunkt, und kann auch

keinen anderen vertreten, dass die wahre Entscheidung nur in einem Verfahren entsteht, das die Grundsätze und Garantien erfüllt. Diese sind die rechtlich — formellen Kriterien der Wahrheit und auch der Gesetzlichkeit. Fehlen diese, so ist das Urteil nichtig und muss ausser Kraft gesetzt werden.

5. Das sozialistische Recht und die sozialistische Rechtswissenschaft betonte immer die Grundsätze des Strafverfahrens⁵. Trotzdem könnten wir nicht ganz ausführlich sämtliche Grundsätze, Garantien und Regeln bestimmen, ohne deren Einhaltung kein gesetzliches und gerechtes Urteil gibt. Werden die Fälle der Unwirksamkeit des Urteils aus dem geltenden Recht als Grundlage genommen, so können jene Regeln und Grundsätze aufgezählt werden, deren Einhaltung eine unentbehrliche Bedingung der Gesetzlichkeit des Urteils der ersten Instanz ist. Dazu gehören: 1. Das Gericht muss Jurisdiktion, sachliche und örtliche Zuständigkeit besitzen; 2. der urteilende Senat muss in gesetzlicher Besetzung funktionieren, es müssen daran Schöffen teilnehmen; 3. es darf daran kein gesetzlich ausgeschlossener Richter teilnehmen; 4. falls vorgeschrieben, müssen an der Verhandlung der Ankläger und der Verteidiger teilnehmen; 5. der Angeklagte und die anderen müssen ihre gesetzlichen Rechte ausüben können; 6. die Verhandlung muss öffentlich sein; 7. die Sache muss entsprechend aufgeklärt sein; 8. der Tatbestand darf nicht unvollständig sein, mit den Akten im Gegensatz stehen und nicht auf unrichtigen Folgerungen beruhen; 9. das Urteil ist entsprechend zu begründen. — Diese Erfordernisse folgen aus den Bestimmungen der §§ 247, 254 und 256 des Strafverfahrensgesetzes.

Es sind aber auch andere Aufzählungen und Gruppierungen bekannt und möglich. Cieslak, der festlegt, wann ein Urteil als nichtig zu betrachten ist, hält das Fehlen der Nichtigkeitsgründe zugleich für eine unentbehrliche Gesetzlichkeitsbedingung des Verfahrens und Urteils. Nach ihm ist das Urteil nichtig, wenn 1. das urteilende Subjekt ungeeignet ist (das Gericht ist nicht gesetzlich besetzt usw.), 2. die Willensäußerung fehlerhaft ist (der Richter ist unzurechnungsfähig, er brachte die Entscheidung unter Zwang, bei der Abstimmung wurde das Mehrheitsprinzip verletzt usw.), 3. das Verfahrensobjekt ungeeignet ist (die Sache gehört nicht zur Jurisdiktion des Gerichts, *res iudicata* usw.), 4. das Verfahren inhaltlich absolut ungeeignet ist (Verhängung einer widersprechenden, einer im Gesetz unbekannten Strafe usw.)⁶. Umgekehrt abgefasst könnten wir sagen: das Urteil ist gesetzlich, wenn es von einem gesetzlich besetzten Gericht gefällt wurde usw.

Nach einer anderen Ansicht ist der Gebrauch des Begriffes der Nichtigkeit unberechtigt; es kann gemäss der Logik des Verfahrens nur zwischen einem Urteil und keinem Urteil (*non-sententia*) unterschieden werden⁷. Ein Urteil entsteht, wenn es ein mit Strafgewalt bekleidetes Organ aufgrund einer mündlichen Verhandlung gebracht und vorschriftsmässig mitgeteilt (verkündet) hat; es kann sich nicht auf eine Person, auf die sich die Jurisdiktion des inländischen Gerichtes nicht erstreckt, auf eine schon beurteilte Handlung beziehen und darf keine vom Gesetz nicht

bekannte Sanktion enthalten⁸. Die aufgezählten Bedingungen bedeuten zugleich die minimalen Erfordernisse, die gegenüber dem Strafverfahren und dem Urteil zu erheben sind.

Die Rechtswissenschaft könnte aufgrund der Gesetze und der internationalen Vereinbarungen einige solche Punkte festlegen, die das Minimum der Gesetzlichkeit des Strafverfahrens und des Urteils zusammenfassen. Darunter wären: 1. das Gericht muss für die Sache und die Person Jurisdiktion besitzen; 2. das Gericht hat in einem gesetzlich besetzten Senat vorzugehen und soll unbefangen sein, 3. im Verfahren muss die Verteilung der Funktionen (Anklage, Verteidigung und Urteilsfällung) zur Geltung kommen und diese müssen von verschiedenen Personen ausgeübt werden; 4. dem Angeklagten muss das Recht der Verteidigung zukommen, das er persönlich und auch unter Mitwirkung eines Verteidigers ausüben kann; 5. die Verhandlung muss öffentlich und mündlich sein und alle Prozess-Subjekte müssen daran ihre gesetzlichen Rechte ausüben können; 6. das Gericht soll sein Urteil auf die unmittelbar erfahrenen Beweise gründen; 7. das Urteil ist nach einer Beratung einstimmig oder mit Stimmenmehrheit zu fällen und dann zu verkünden.

Das Gesagte erschöpft nicht sämtliche Erfordernisse, nur die wichtigsten; die Einzelheiten können wahrscheinlich — ohne das ganze Verfahrensgesetz zu wiederholen — überhaupt nicht aufgezählt werden. Die Gesetze, wie auch § 256 des Strafverfahrens, verwenden meistens allgemeine Bestimmung bei der Aufzählung der schweren Mängel des Verfahrens und des Urteils. § 345 des sowjetrussischen Strafverfahrens verwendet ebenfalls einen solchen allgemeinen Begriff: „Als wesentliche Verletzung des Strafverfahrensgesetzes ist die Verletzung der in den einzelnen Artikeln dieses Gesetzbuches enthaltenen Erfordernisse zu betrachten, die für die Teilnehmer des Verfahrens während der Verhandlung unmöglich machte oder erschwerte, dass sie ihre im Gesetz gesicherten Rechte ausüben können oder auf andere Weise das Gericht an der allseitigen Klärung der Sache hinderte und einen Einfluss auf die Fällung des gesetzlichen und begründeten Urteils ausübten oder ausüben konnten“. — Ausserdem enthält des Gesetz auch eine taxative Aufzählung, die die schwersten und bekanntesten Verletzungen der Verfahrensregeln zusammenfasst.

Nach Standpunkt des Rechtes entsteht in einem gesetzverletzenden Verfahren — wie es aus dem Gesagten zu ersehen ist — kein rechtmässiges Urteil. Ein Urteil, das aus einem Verfahrens- oder anderen Grund nicht rechtmässig ist, kann vorschriftsmässig nicht in Rechtskraft treten. Demzufolge können zu den darin enthaltenen Tatsachenfeststellungen keine Rechtswirkungen, auch jene Wirkung nicht, die durch die Formel „res iudicata pro veritate habetur“ ausgedrückt wird, geknüpft werden. Nur ein rechtmässiges Urteil kann gemäss dem Willen des Gesetzes die Eigenschaft der Wahrheit erwerben.

6. Schliesslich können wir noch fragen, warum die Gesetzlichkeit für das Recht beinahe das Kriterium der Wahrheit bedeutet. Ist es tatsächlich wahr, dass ein gerechtes Urteil nur von einem Senat gefällt werden kann, in dem auch zwei Schöffen zugegen sind, in dem der Staatsanwalt

und nicht der Richter die Anklage vertritt, in dem die Verteidigung ihre Rechte ausüben kann und in dem auch andere rechtliche Erfordernisse erfüllt werden?

Auf Grundlage der Erkenntnistheorie und der Logik wird unsere Antwort eine verneinende sein. Die Feststellung der Wahrheit ist kein Privileg des Gerichtes und des Strafverfahrens. Trotzdem hätte es untragbare Folgen, wenn die Gesellschaft nicht auf die Gesetzlichkeit des Verfahrens und des Urteils bestünde.

Ich habe schon erwähnt, dass die Literatur die Gerichtsbarkeit skeptisch betrachtet, dessen Berechtigung durch zahlreiche geschichtliche Tatsachen erwiesen ist. Allerdings klagen die Tatsachen meistens die herrschende Klasse oder Gruppe an. Neben den Schriftstellern erscheinen hie und da auch im Kreise der Fachleute der Gesellschaftswissenschaften verbitterte Ansichten über das Recht, die Rechtspflege, das Gericht. Für diese bedeutet das literarische Bild von Dickens und Kafka, der Nebel, ein ausdrucksvolles Symbol. Der Nebel als Methaphore weist auf etwas ganz Konkretes, auf den unübersichtlichen Labyrinth der juristischen Prozeduren, deren schon auf ersten Blick genaues und treffendes Attribut die Unklarheit ist, die durch den juristischen Fachjargon meisterhaft erhöht wird. Und die Juristen tun mit ernstem Gesicht — wie es zu Schauspielern passt —, als ob sie die Wahrheit vertreten und das Recht schützen würden⁹.

Oder mit einer anderen Argumentation: jede Handlung eines bürokratisch eingestellten Menschen läuft auf vorbereiteten Schienen, die für ihn unveränderlich sind. „Die beiden Quellen der meisten Gräueltaten sind das bürokratische Verhalten und die Feigheit“. Und was verlangt das Recht vom Richter? Das Recht ist deduktiv und formell, ein Ausdruck der entfremdeten Staatsgewalt. „Die rechtliche Beurteilung und das Urteil kommt auf den Gerichten zustande, jeder Mensch, jeder Fall verliert seine Einzigartigkeit und Besonderheit. Das Recht, als der grosse Nivellierer der Staatsgewalt, „mahlt“ sozusagen in das Rechtssystem die vor ihm erscheinenden Individuen“¹⁰. — Freilich wurde das vom Recht, von der Arbeit des Gerichtes nicht mit der Absicht des Schmeichelns geschrieben, es ist ja kaum zweifelhaft, dass nach dieser Charakterisierung der Richter auf eine zu verwerfende deduktive Art denkt und auf den im voraus gelegten Schienen des Rechtes vorwärtsschreitet.

Wahrlich scheint es, als ob wir zwei verschiedene Sprachen sprächen: Vor dem Juristen ist es klar und bedarf keines Beweises, dass jeder einzelne Fall verschieden ist, dass die Individualisation für ihn ein Imperativ ist, auch wenn er nicht immer eine der Persönlichkeit adäquate strafrechtliche Folge feststellen kann; dass er einmal die Billigkeit, einmal die Strenge walten lässt. Er ist sich darüber klar, dass die Sachen einen Namen haben müssen und dass sich deshalb im Recht gewisse Fachausdrücke, darunter auch solche, deren Bedeutung von der allgemein üblichen Bedeutung abweicht, eingebürgert haben und dass dies noch kein Jargon ist. Es gibt ja auch auf minder entscheidenden Gebieten, wie z. B. der Fussball und im allgemeinen die Spiele, Fachausdrücke, die nicht von jeder-

mann verstanden werden. Er verlässt sich darauf, dass die Öffentlichkeit der Gerichtsbarkeit, die Teilnahme der Schöffen und andere Mittel den Nebel zerstreuen und die Lösung des Jargons finden. Die im voraus fertiggestellten „Schienen“, auf denen der Richter vorwärtsschreitet, sind die Gesetze; das, was in der Deduktion der Obersatz ist, ist ebenfalls das Gesetz. Aber der Richter und Jurist empfinden das nicht als etwas Übles, auch wenn er weiss, dass es schlechte Gesetze und veraltete Regeln gibt. Er meint, dass im allgemeinen das Einhalten der Gesetze, das was Gesetzlichkeit genannt wird, einen gesellschaftlichen Wert besitzt. Er nimmt an, dass die sozialistische Gesetzlichkeit kein gesellschaftliches Übel ist, er hat sogar die Illusion, dass die Mehrheit der Gesellschaft — zumindest der sozialistischen Gesellschaft — derselben Meinung ist. Er weiss, dass die Gesetzesverletzung ein Mittel der Unterdrückung ist und dass die in den 50-er Jahren von der persönlichen Diktatur eingeleiteten und gesteuerten tragischen Prozesse alle gesetzwidrig waren. Nicht nur dadurch, dass Unschuldige verurteilt wurden, aber schon das Verfahren vor dem Urteil war gesetzwidrig¹¹. Die Prozesse schritten nicht auf den durch das Gesetz vorgeschriebenen Schienen.

Das Strafverfahren, der *modus procedendi* ist überall im Land gleich. Wir wissen, dass das Gericht im Komitat Szabolcs ebenso verhandelt wie im Komitat Vas. Sogar in Ungarn dem Wesen nach ähnlich wie in vielen anderen Ländern der Welt. — Aber eben diese Schablone ist beruhigend. Wir halten es für beruhigend, dass sich die Gerichte nach solchen gleichen Grundsätzen richten, die in der gesellschaftlichen Praxis erprobt sind.

Niemand, der die Tatsachen nüchtern untersucht, wird meinen, dass das Gericht unfehlbar sei. Aber er weiss auch, dass zur Verwirklichung der Gesetzlichkeit und zum Erreichen der Wahrheit die Regeln, die Grundsätze und Garantien notwendig sind. Wir meinen, dass als ein gesetzliches und wahres Urteil nur jenes zu betrachten ist, das ein nach den durch die gesellschaftliche Praxis erprobten Grundsätzen verfahrenes gesetzlich besetztes Gericht auf einer mündlichen Verhandlung fällt. Das heisst wir nehmen an, dass das Urteil wahr ist, wenn sich auch diese Annahme manchmal als unrichtig erweist.

7. Weshalb müssen das Strafverfahren, die Organisation der verfahrenenden Organe und ihre Aufgaben, die Rechte der Subjekte in den Gesetzen ausführlich geregelt werden? Weil so schwere Sachen, wie die Strafsachen, in denen es um das Leben, um die persönliche Freiheit, um die Ehre geht, nicht planlos abgewickelt werden können, die Art und Weise des Verfahrens nicht der persönlichen Willkür überlassen werden kann. Die erprobten Wege, das einheitliche Verfahren, die Garantien sind notwendig, denn diese sind die Dämme des Missbrauchs der Gewalt¹².

Können die Rechte der verfahrenenden Personen, die Organisation und Aufgabe der Behörde, das Verfahren auch anders, nach anderen Grundsätzen geregelt werden, als es heute geschieht? Sicherlich könnte man es. An manchen Orten gibt es Geschworenengerichte, Einzelrichter, ausgedehnte Privatklage, Untersuchungsrichter, ein reinerer Parteiprozess. Aber alle bei uns angewendeten Grundsätze und Regeln haben ihren Sinn.

Die Mehrzahl der Grundsätze und der allgemeinen Regeln haben sich traditionell bewährt. Solche sind die obengenannten, wie die Trennung der Anklage-, der Verteidigungs- und der Richterfunktion, die Unbefangenheit und Unabhängigkeit der Richter, die Öffentlichkeit, die Unmittelbarkeit, die kollegiale Entscheidung und noch andere. Heute ist ihre Ausserachtlassung und ihr Ersatz durch andere kaum vorstellbar.

Das Verfahrensrecht ist kein unbewegliches Regelmateriale. In Ungarn wurden seit 1945 zwei neue Verfahrensgesetzbücher, zwei Gerichtsverfassungsgesetze (1949, 1952), zwei Gesetze über die Staatsanwaltschaft und seit 1952 vier Verfahrensnovellen geschaffen, ausserdem noch zahlreiche Verfahrensteilnormen, ohne die besonderen Verfahren zu erwähnen. Es kann also nicht behauptet werden, dass die Verfahrensweise ewig unverändert bleibt. Trotzdem blieben einige der wichtigsten Verfahrensgrundsätze, wie eben die genannten, dem Wesen nach unverändert und erwiesen ihre Dauerhaftigkeit. Dessen Grund liegt darin, dass die gesellschaftliche Praxis ihre Richtigkeit erwies, dass sie nämlich bis zum höchstmöglichen Grad — wie andere nicht — die Gesetzlichkeit und Wahrheit zu garantieren vermögen.

Theoretisch könnten auch andere Grundsätze konstruiert werden, als jene, auf die das heutige Strafverfahren aufgebaut ist. Es könnte vorgeschlagen werden, dass der Strafverfolger oder der Zeuge zugleich Richter sein könne, dass sich die Verfahrensabschnitte verschmelzen; dass der urteilende Senat eine beliebige Besetzung und Richterzahl habe, dass er z. B. die ganze Bewohnerschaft einer Gemeinde umfasse und so zu einem gesamtvolkischen Gerichtsorgan ausgedehnt werde, oder im Gegensatz dazu, dass er nur aus Berufsrichtern zusammengestellt werde. Was die Verschmelzung der Funktionen und Abschnitte betrifft, darüber gibt es schon Erfahrungen aus dem Inquisitionsverfahren und diese Erfahrungen sind nicht gerade angenehm. Die Gefahren eines Senates mit einer unbestimmten und hohen Richterzahl liegen im Verschwinden der individuellen Verantwortung der Senatsmitglieder, im Erwecken einer Lynch-Stimmung. Die Gefahren einer nur von Berufsrichtern ausgeübten Gerichtsbarkeit sind der Bürokratismus und die Entfremdung.

Das Eindringen der Wissenschaft in das Strafverfahren, insbesondere in die Beweisführung, ist eine klar erkennbare Erscheinung unserer Zeit, die auf das Strafverfahren einen Einfluss ausübt. Sie umformt das Verfahren nicht auffallend, sondern langsam und allmählich, aber es ist unwahrscheinlich, dass während der Umformung und nachher die heute anerkannten Grundsätze bald entbehrt werden könnten. Dieser Einfluss bezieht sich eher auf das Gebiet der Beweisführung durch Sachverständige, die an Bedeutung immer mehr zunimmt. Wahrscheinlich wird man die Sachverständigenuntersuchungen einer ähnlichen gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen, wie sie bei der gerichtlichen Untersuchung schon besteht. Wollte jemand das Strafverfahren reformieren oder neu ausgestalten, so müsste er mit den geschichtlich bewährten Grundsätzen und mit der Treue zu ihnen rechnen und er müsste deshalb die Gesellschaft vorher darüber überzeugen, dass durch die vorgeschlagenen neuen Grundsätze

und Regeln eine zuverlässigere und gerechtere Gerichtsbarkeit gefördert wird.

8. Das Strafverfahren ist nicht nur eine erkennende Tätigkeit, sondern auch die Ausübung einer Gewalt. In der Erkenntnis können Irrtümer unterlaufen, die Gewalt kann missbraucht werden. Die Erkenntnis ist im Strafverfahren nicht rein deduktiv, nicht immer exakt und nicht wie eine wissenschaftliche Versuchsreihe, deren Ergebnis in jedem Fall anerkannt wird. Hier erfolgt die Erkenntnis nicht durch eine unwiderlegbare mathematische Deduktion oder auf die Weise eines naturwissenschaftlichen Beweises. Darüber könnte ein Land kaum überzeugt werden, dass $2 + 2 \neq 4$, oder dass die Sonne nicht im Osten aufgeht. Aber die Richter könnten durch irreführende Vortäuschungen darüber überzeugt werden, dass der Unschuldige schuldig und der Schuldige unschuldig ist. Die Grundsätze und Regeln des Strafverfahrens sollen garantieren, dass die Wahrheit festgestellt werden könne und die Strafgewalt gesetzlich ausgeübt werde – und das ist bei der Natur der Sache nicht leicht. Die Grundsätze des Strafverfahrens konzentrieren und entfalten sich in der Tätigkeit des Gerichts. Deshalb hat das Urteil des Gerichts die Wirkung der *res iudicata* und deshalb nehmen wir seine Feststellungen als wahr an.

Es gibt Zeitalter und gesellschaftliche Systeme, bei denen die Gesetzlichkeit die unterdrückende Minderheit begünstigt und es von vornherein hoffnungslos ist, dass die Gerichte in politischen Prozessen, in sozialen Sachen die Wahrheit urteilen. In solchen unterdrückenden Staaten und Ländern, in denen der um Boden, Brot und Unabhängigkeit kämpfende Mensch nicht Patriot oder Freiheitskämpfer, sondern Rebell genannt und als solcher beurteilt wird, stellt das Gericht nicht die Wahrheit fest. Aber auch hier ist es nicht gleichgültig, ob der Richter zugleich auch Ankläger ist, oder ob die Möglichkeit der Verteidigung besteht. Die Grundsätze des Strafverfahrens können zwar den Unterdrücker und den Unterdrückten nicht auf einen Nenner bringen, doch wird trotzdem die Gewalt humanisiert. Werden im Strafverfahren die allgemein international anerkannten Grundsätze eingehalten, wird die Beweisführung nicht zu einem Zwangsverhör erniedrigt; hat der Verteidiger Mut, sein Amt zu versehen und wahrt der Richter seine Würde, so erwächst ein Vertrauen der Rechtsprechung gegenüber und eine Hoffnung leuchtet in denen, die auf das Urteil warten.

FUSSNOTEN

¹ Чагин, Б. А.: Субъективный фактор. Moskau, 1968., S: 217; Casamayor, Les juges, Seuil, 1956.; Schubert G., Jidicial Attitudes and Voting Behavoir (im Band Jurimetrisch) New York – London, 1963.

² Lenin, V. I.: Lieber weniger aber besser ... (Werke, Band 33. S: 488)

³ Pietrasinski, Z.: Psychologie des richtigen Denkens, Budapest, 1967. (S. 42 – 65. über die Intelligenzmessung)

⁴ Kon, J. S.: Das Ich in der Gesellschaft, Budapest, 1969., S. 65. ff.

⁵ Névai, L.: Das ungarische Gerichtsverfassungsrecht, Budapest, 1961., Kap. VI.; Kovács, I.: Einleitung, im Band: Die Grundrechte und Pflichten der Staatsbürger, Budapest, 1965.; Frau Szabó: Grundsätze des Strafverfahrens (Einheitliches Universitätslehrbuch, Kap. IV.), Budapest, 1965.

- ⁶ Cieslak, M.: Niewaznosc orzeczen w procesie karnym, PRL, Warszawa, 1965.
⁷ Móra, M.: Über die Strafverfahrenshandlungen, J. K. 1959. H. 10 – 11.; Die mangelhaften Strafverfahrenshandlungen, J. K., 1959. H. 12.
⁸ Roeder Hermann: Die Begriffsmerkmale des Urteils, ZSTW., 1967./2. S. 294.
⁹ Bizám, L.: Das erste Kapitel von zwei Prozessromanen M. F. Sz. 1966/6. S. 909 – 913.
¹⁰ Heller, Á.: Von der Absicht bis zur Folge, Budapest, 1970. S: 201 – 202 und 386.
¹¹ Molnár, E.: Unsere Gerichtsbarkeit und die sozialistische Gesetzlichkeit, Szabad Nép, 26. Juni 1956.; Beschluss der USAP vom Jahr 1962., Társadalmi Szemle, 1962. H. S – 9.
¹² Элбkind, П. С.: Сущность сов. уг. проц. права, Leningrad, 1963. S. 49.

LE MONOPOLE DE VÉRITÉ DES TRIBUNAUX

(RÉSUMÉ)

Les crimes ne peuvent être jugés que par le tribunal. Même si l'on admet que la vérité au sujet des crimes peut être établi par d'autres en dehors des tribunaux, l'effet *res indicata pro veritate* n'est lié qu'au verdict prononcé par le tribunal, ce qui ne trouve pas son explication dans la répartition des fonctions ou dans les qualités personnelles des juges. La valeur de vérité d'un jugement de condamnation est fournie par l'organisation et la manière de procédure où elle prend naissance. Par conséquent le droit attribue la vérité au verdict prononcé par le tribunal au lieu de la décision rendue par un autre organe – l'autorité chargée de l'enquête ou le ministère public –, parce que les principes de procédure libellés dans le droit ne s'accomplissent tous que dans le droit. Le droit représente la position que la procédure respectant les principes peut exclusivement rendre une décision pertinente.

En analysant les lois, les accords internationaux, la jurisprudence pourrait convenir de quelques principes réassurant les conditions minimales de la régularité de la procédure pénale et du verdict. – Nous admettons que l'on peut construire théoriquement aussi d'autres principes que sur lesquels la procédure pénale moderne repose aujourd'hui. Mais celui qui entend réformer ou réorganiser la procédure, doit tenir compte des principes avérés par l'histoire et du fait que l'on y insiste. La société doit être convaincue que les nouveaux principes et les nouvelles règles lui permettront de favoriser un jugement plus authentique et plus juste.

МОНОПОЛЬНОЕ ПОЛОЖЕНИЕ СУДА В ОТНОШЕНИИ УСТАНОВЛЕНИЯ ИСТИНЫ

(РЕЗЮМЕ)

Только суд может судить о преступлении. Если и допускаем, что о преступлении кроме суда и кто-то другой может установить истину, все таки влияние „*res indicata pro veritate habetur*” связывается только с приговором суда. Это объясняется не личными свойствами судей и разделением функций. Та организация и способ дают ценность приговору в отношении установления истины, при которых он возникает. Право придает истину приговору суда, и не решениям других органов – следственных органов или прокурора –, потому что только в судебном процессе воплощаются процессуальные принципы, излагаемые правом. Позиция права по этому вопросу заключается в том, что истинное решение возникает только в процессе, соблюдающем принципы.

На основе законов и международных соглашений правовая наука могла бы установить некоторые принципы, которые составляют минимальные условия уголовного процесса и законности приговора. Признаем, что теоретически возможно конструировать и другие принципы, чем те, которые легли в основу сегодняшнего уголовного процесса. Однако, кто хочет обновить и преобразовать уголовный процесс, тому надо учесть исторически испытанные принципы и привязанность к ним. Он должен убедить общество, что новые принципы и правила содействуют более достоверному и справедливому правосудию.